

Wie schätzen die großen Industrieverbände die Situation ein? Bauindustrie aktuell hat nachgefragt.

„Deutschland ist als Standort für Chemieanlagen nicht attraktiv genug. Die Investitionen der Branche im Inland stagnieren seit 25 Jahren. Im Ausland legen sie immer stärker zu, denn dort kann billiger produziert werden.

Einen klaren Nachteil hat Deutschland bei den Energiekosten. Sie sind für unsere Branche ein wichtiger Faktor im globalen Standortwettbewerb. Häufig wechselnde energiepolitische Vorgaben erzeugen hohe Kosten, Planungsunsicherheit und so Zurückhaltung bei Investitionen. Verlieren wir noch mehr Investitionen ans Ausland, kann es zu gravierenden Einschnitten im Industriennetzwerk kommen.“



// Dr. Utz Tillmann, Hauptgeschäftsführer des Verbandes der Chemischen Industrie.

„Investitionen sind Voraussetzung für Wohlstand und Beschäftigung. Wie viele andere Sektoren der Wirtschaft leidet auch der Maschinen- und Anlagenbau unter einer Investitionsschwäche.

Knappe Budgets der öffentlichen Hand und weltwirtschaftliche Unsicherheiten gefährden den Erhalt des volkswirtschaftlichen Kapitalstocks. Die Politik kann mit geeigneten Rahmenbedingungen begegnen. Die steuerliche Gleichstellung von Eigen- und Fremdkapital, die Einführung einer steuerlichen F&E-Förderung und nicht zuletzt die Bereitstellung einer guten öffentlichen Infrastruktur sind Basis für private Investitionen.“



// Dr. Reinhold Festge, VDMA-Präsident.

vor allem investiert, um Kosten zu senken. Neue Kapazitäten und Wachstum entstehen so nicht. Die Politik hätte es in der Hand. Stattdessen wirkt der Klimaschutzplan 2050 wie ein weiteres Verunsicherungsprogramm für die Industrie. Nur mit verlässlichen Rahmenbedingungen und maßvollen politischen Eingriffen kommen wir wieder auf den Wachstumspfad.“

„Voraussetzung für Investitionen sind faire Wettbewerbsbedingungen. Genau die aber fehlen der Stahlindustrie momentan – unfairen internationalen Handel und einseitige Klimaauflagen in Europa schränken den



// Hans Jürgen Kerkhoff, Präsident der Wirtschaftsvereinigung Stahl.

finanziellen Spielraum und die Planungssicherheit für die Unternehmen ein. Wenn fehlerhafte Politik der Branche Perspektiven verbaut, wird dies Folgen für Produktion, Beschäftigung und die Innovationsfähigkeit in Deutschland haben. Denn Stahl ist Materialkompetenz und deswegen unverzichtbar für die industrielle Wertschöpfung. Deshalb müssen die politischen Entscheider wissen, dass die doppelte Last aus einseitigem Klima- und unzureichendem Außenhandelsschutz die Zukunftsperspektiven für die Industrie in unserem Land verbaut.“

„Mit einem Ausfuhrwert von über 190 Milliarden Euro an Fahrzeugen, Anhängern und Kfz-Teilen ist unser Land automobil Exportweltmeister. Zugleich aber verliert Deutschland an Wettbewerbsvorsprung.



// Matthias Wissmann, Präsident des Verbandes der Automobilindustrie.

Die M+E-Lohnstückkosten sind seit 2012 um 17 Prozent gestiegen. Die Energiekosten sind standortrelevant, Investitionen dominieren im Ausland. Für unseren Produktionsstandort müssen Politik, Unternehmen und Gewerkschaften die Wettbewerbsfähigkeit stärken, um Investitionen gerade im Mittelstand zu fördern. Dazu zählen offene Märkte, Impulse für die Innovationskraft der Industrie, Maß und Mitte in der Klimaschutzpolitik sowie ein flexibler Arbeitsmarkt. Wer heute Wettbewerbsfähigkeit für selbstverständlich hält, der hat sie schon morgen verloren.“

„Für den Investitionsstau gibt es vielfältige Gründe. Der Staat investiert zu wenig in die Infrastruktur und die Unternehmen halten sich aufgrund struktureller Veränderungen zurück. Eine Studie belegt auch für die Metallindustrie: In Deutschland wird



// Harald Kroener, Präsident der Wirtschaftsvereinigung Metalle.

„Wir haben noch viel vor“

Aktionswoche der Industrie von 17. bis 25. September

„Deutschland ist in einer guten wirtschaftlichen Verfassung, steht aber vor wichtigen Zukunftsaufgaben. Damit die Industrie auch in Zukunft starker Kern der Wirtschaft bleibt, haben die wichtigsten Industrieverbände und Industriegewerkschaften zusammen mit Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel das Bündnis „Zukunft der Industrie“ gegründet. In einer bundesweiten Aktionswoche vom 17. bis 25. September wollen die 15 Partner die Ziele des Bündnisses bekannt machen. An dieser Aktionswoche werden

sich Industrie- und Wirtschaftsverbände, Unternehmen, Gewerkschaften und Politik beteiligen. Gegenüber Belegschaften und einer breiteren Öffentlichkeit soll verdeutlicht werden, wie sich menschliche Arbeit in Industriebetrieben wandelt, wie attraktiv die Arbeitsbedingungen sind und wie wichtig der Erhalt der industriellen Wertschöpfungsketten für Deutschland ist. Wer sich an der Kampagne „Wir haben noch viel vor – Ihre Industrie“ beteiligen will, kann sich unter www.buendnis-fuer-industrie.de informieren.